

Beschlußempfehlung und Bericht **des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Fritz Schumann (Kroppenstedt),
Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS/Linke Liste**
— Drucksache 12/1909 —

Wettbewerbsfähige Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe in den neuen Bundesländern schaffen

A. Problem

Der Antrag geht von der Prognose aus, daß sich in den neuen Bundesländern für das Jahr 1992 eine wachsende Zahl von Arbeitslosen ergibt. Als Hauptursache hierfür gilt die fehlende Investitionstätigkeit im produzierenden Gewerbe.

Der Antrag macht Vorschläge bezüglich der Schaffung von Arbeitsplätzen im produzierenden Gewerbe und fordert die Bundesregierung auf, ihre Mitwirkungspflicht bei der Umstrukturierung und Modernisierung der Wirtschaft in den neuen Bundesländern wahrzunehmen, damit wettbewerbsfähige Arbeitsplätze entstehen können.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages — Drucksache 12/1909 —

Fortsetzung der bisher von der Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen zur Entwicklung der Wirtschaft in den neuen Bundesländern, auch und vor allem im Rahmen des Programms „Aufschwung Ost“.

Mehrheitsbeschluß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag — Drucksache 12/1909 — abzulehnen.

Bonn, den 6. Mai 1992

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost
Vorsitzender

Herbert Meißner
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Herbert Meißner**I.**

Der Antrag — Drucksache 12/1909 — wurde in der 73. Sitzung des Deutschen Bundestages am 23. Januar 1992 dem Ausschuß für Wirtschaft federführend und dem Finanzausschuß zur Mitberatung überwiesen.

Der mitberatende Finanzausschuß hat in seiner Stellungnahme vom 12. Februar 1992 mitgeteilt, daß er auf ein Votum zu dieser Vorlage verzichtet, weil seine Zuständigkeit nicht berührt ist.

II.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat den Antrag in seiner Sitzung am 6. Mai 1992 ausführlich beraten. Die Koalitionsfraktionen wiesen darauf hin, daß der Antrag durch die zahlreichen Förderungsmaßnahmen in den Programmen der Bundesregierung praktisch gegenstandslos sei. Die aufgezeigten Probleme seien bereits wirtschaftspolitisch angegangen worden. Außerdem würden in diesem Antrag Therapievorschlüsse gemacht, die bereits über 40 Jahre hinweg im Bereich der ehemaligen DDR versagt hätten. Die im Antrag vorgeschlagene aktive Wirtschaftspolitik befinde sich sehr in der Nähe der verfehlten staatlichen Planwirtschaft. Zahlreiche Vorschläge würden außerdem eine Art „Hängematte“ für das Management von Unternehmen schaffen, was erfahrungsgemäß zu großen Unwirtschaftlichkeiten, Versagen und Fehllenkung von knappen Ressourcen führen würde. Der Antrag zeige, daß der Wandel der ordnungspolitischen Gegebenheiten, der sich mit der Vereinigung Deutschlands im Bereich der ehemaligen DDR ergeben habe, bei den Antragstellern kaum zu einem Umdenken geführt habe. Es sei gar nicht entscheidend, daß Arbeitsplätze teurer oder billiger seien, es sei allein entscheidend, daß sie wettbewerbsfähig sind. Die gegenwärtige Sorge gehe dahin, ob die Betriebe, die bereits saniert und privatisiert sind, in Zukunft auch im Wettbewerb

bestehen könnten, also trotz der Privatisierung ein Konkursverfahren abgewendet werden könnte. Es sei ein Irrtum anzunehmen, daß Arbeitsplätze nur mit Geld erhalten werden könnten. Die Erfahrung zeige, daß nicht wettbewerbsfähige Arbeitsplätze trotz hoher Subventionen schließlich vom Markt verdrängt würden.

Die Koalitionsfraktionen erklären, daß sie den im Antrag gemachten Vorschlägen aus grundsätzlichen ordnungspolitischen und wirtschaftspolitischen Gründen nicht zustimmen könnten.

Die antragstellende parlamentarische Gruppe der PDS/Linke Liste gibt bei den Beratungen des Antrages zu, daß seit der Antragstellung eine gewisse Zeit vergangen sei, und es in dieser Zeit eine Reihe von wirtschaftspolitischen Aktivitäten gegeben habe. Dennoch müsse man die Frage stellen nach der Effizienz dieser wirtschaftspolitischen Aktivitäten. Manche Maßnahme sei gut angedacht, sei aber nicht wirksam. Dem Antrag der Gruppe liege die Überlegung zu Grunde, daß es besser sei, Arbeitsplätze zu erhalten, als diese wieder zu errichten. Ein solches Vorgehen sei auch gesamtwirtschaftlich gesehen billiger. Unrichtig sei der Vorwurf, daß man zurück wolle zur staatlichen Planwirtschaft und zum Staatseigentum. Es müsse aber neu überdacht werden, wie durch das Zusammenwirken von Staat, Kommunen und Betrieben neue Möglichkeiten eröffnet werden könnten. In diesem Zusammenhang wird auf das Land Sachsen verwiesen, wo ein Zusammenwirken von Treuhand und Bundesland vereinbart worden sei. Das sei ein neuartiger Schritt. Solche und ähnliche Aktivitäten seien mit diesem Antrag gemeint.

Der Antrag der parlamentarischen Gruppe der PDS/Linke Liste — Drucksache 12/1909 — wird bei drei Enthaltungen und einer Fürstimme mehrheitlich abgelehnt.

Herbert Meißner

Berichterstatte